

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/artikel/1607502>

Veröffentlicht am: 11.12.2018 um 16:11 Uhr

Vertreter aus Bissendorf und Melle in Berlin

380-kV-Leitung: Bürgerinitiative bei Bundesminister Altmaier

von Constantin Binder



Bissendorf/Melle. Zwei Vertreter der Bürgerinitiative "Keine 380-kV-Freileitung am Teuto" haben in Berlin an einem Treffen mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zum Netzausbau teilgenommen. Ihre Argumentation für eine Erdverkabelung sehen Christian Bräke aus Bissendorf und Frank Vornholt aus Melle rückblickend bestärkt.

CDU-Politiker Altmaier hatte Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin ins Wirtschaftsministerium eingeladen, um mit ihnen über den Netzausbau zu sprechen. Mit dabei: Christian Bräke und Frank Vornholt von der Bürgerinitiative (BI) "Keine 380-kV-Freileitung am Teuto", die sich für eine Erdverkabelung der geplanten 380-Kilovolt-Höchstspannungsleitung zwischen Bad Essen-Wehrendorf und Gütersloh einsetzt. Worum es bei dem Gespräch ging und wie die BI-Vertreter es bewerten, im Überblick:

Worum geht es?

Das Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG), ein Bundesgesetz, sieht vor, dass die 220-kV-Leitung zwischen Bad Essen-Wehrendorf und Gütersloh als eine von deutschlandweit 24 Stromleitungen zu einer 380-kV-Höchstspannungsleitung aufgerüstet werden soll. Die etwa 70 Kilometer lange Strecke, die auch als „Vorhaben 16“ firmiert, soll über das Umspannwerk Osnabrück-Lüstringen führen und 2025 den Betrieb aufnehmen.

2016 wurde das Vorhaben als eines von sechs Pilotprojekten für den Einsatz von Erdkabeln auf Teilabschnitten ausgewiesen. Bislang hat der Netzbetreiber Amprion allerdings lediglich die Erdverkabelung einer vier Kilometer langen Strecke im Osnabrücker Stadtgebiet angekündigt; kürzlich brachte Amprion dann zwei alternative Korridore ins Spiel, die unter Umständen ohne Erdkabel auskämen.

Die Bürgerinitiative "Keine 380-kV-Freileitung am Teuto" befürchtet deshalb, dass Amprion den Einsatz von Erdkabeln komplett vermeiden und stattdessen auf der gesamten Trasse eine Freileitung bauen will. Die Masten einer solchen Leitung wären demnach bis zu 70 Meter hoch.

Wie kam es zu dem Gespräch mit Altmaier?

Der Bundesminister wollte mit dem Treffen den "dialogorientierten Netzausbau" fortsetzen, wie es in einer vorab veröffentlichten Pressemitteilung des Ministeriums hieß. Die Veranstaltung sollte demnach aufzeigen, wie die Bürger "vom Netzausbau vor Ort betroffen sind und welche konkreten Beiträge für den Netzausbau und die Energiewende sie haben". Neben Altmaier und den Bürgerinitiativen nahmen auch die Energiereferenten des Wirtschaftsministeriums an dem nicht-öffentlichen Termin teil.

Es war nicht das erste Mal, dass Altmaier den Dialog mit den Bürgerinitiativen suchte: Bereits im August war er auf einer sogenannten Netzausbaureise nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gekommen, im November war er in Thüringen und Bayern, Anfang 2019 will er nach Hessen reisen. Mit der BI "Keine 380-kV-Freileitung am Teuto" traf Altmaier im Sommer in Cloppenburg zusammen.

Was hat die Bürgerinitiative Altmaier gesagt?

Wie Christian Bräke, Bissendorfer Sprecher der BI, nach dem Berliner Treffen ausführte, hätten er und sein Meller Mitstreiter Frank Vornholt vier Punkte angesprochen:

Demnach warfen die beiden dem Netzbetreiber Amprion zunächst mangelnde Innovationsbereitschaft vor. Nach neun Jahren EnLAG behauptete das Unternehmen immer noch, dass die Erdverkabelung nicht dem Stand der Technik entspreche - eine Auffassung, die "nicht mehr vermittelbar" sei. Zudem behindere Amprion "zielgerichtet technologische Innovationen", die eine Erdverkabelung mit geringerem Aufwand erleichtern könnten. Außerdem seien Amprions Leitungsplanungen "mangelhaft". Nach fünf Jahren habe der Netzbetreiber angeblich festgestellt, dass eine Einleitung in das Umspannwerk Lüstringen "technisch eine enorme Herausforderung" darstelle, mögliche Erdkabelabschnitte würden auch nach fünf Jahren noch unter den Vorbehalt einer Bodenprüfung gestellt.

Bräke und Vornholt monierten in Berlin nach eigenen Angaben auch, dass der Wille des Gesetzgebers nicht erfüllt werde: Obwohl die Möglichkeit einer Teilerdverkabelung bestehe, plane Amprion weiterhin vornehmlich mit einer Freileitung. Hierdurch sinke die Akzeptanz in der Bevölkerung und es entstünden neue Widerstände, warnen die BI-Vertreter.

Nicht zuletzt schränke ein aktueller Referentenentwurf zum EnLAG Bürgerbeteiligung und Umweltschutz ein. Darin heiße es unter anderem, die Realisierung der Vorhaben sei "aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich", fasst Bräke zusammen und warnt: "Mit diesem Passus lassen sich

alle Hindernisse im Genehmigungsverfahren überwinden." Für die betroffenen Bürger und den Naturschutz seien damit "erhebliche Nachteile" zu befürchten.

Wie bewertet die Bürgerinitiative das Treffen?

Konkrete Lösungen habe Altmaier nicht geliefert, sagt Bräke - "aber das haben wir ja auch gar nicht erwartet". Gleichwohl sei es gut, vor Ort gewesen zu sein: "Jedes Gespräch, dass man führt, ist wichtig, denn es setzt auch andere unter Zugzwang." So habe die BI in Berlin deutlich gemacht, dass die Bürger der Region den Netzausbau befürworten - sofern er auf der Trasse 16 wie zugesagt als Erdverkabelung erfolge. "Wir haben mittlerweile 70 Erklärungen von Grundeigentümern vorliegen, die ihre Flächen dafür zu Verfügung stellen würden", sagt Bräke. Nun sei es am Minister, Amprion in die Pflicht zu nehmen. "Herr Altmaier will den Netzausbau beschleunigen, und dafür braucht er die Erdverkabelung", zeigt sich Bräke überzeugt.

Als positiv werte er deshalb besonders eine Aussage des Bundeswirtschaftsministers: Wenn die Erdverkabelung helfe, den Netzausbau zu beschleunigen und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, müsse sie auch eingesetzt werden. Das sei aus Sicht der Bürgerinitiative zu begrüßen, sagt auch Frank Vornholt, Meller Sprecher der BI. Allerdings müsse hier eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, da bisher der politische Wille durch die Übertragungsnetzbetreiber "nur unzureichend berücksichtigt" werde.

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.